

Berlin, Sonntag,

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Bezugs-Preis:

Bierzeitung für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Postlohn, für ganz Deutschland 9 Mk. 50 Pf. ...

Für Frankreich, Belgien, England, Amerika usw. ...

Bestellungen werden angenommen: Für England in London bei Siegle & Co. Ltd. ...

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen

bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:

Ergänzungen zum Kursverzeichn.

Auspost-Kalender.

Vollständige Diebstahlslisten der Preuss.-Büch. Klassenlotterie.

Allgemeine Verfolgungstafeln mit Restanten-Listen

und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

Inserions-Gebühr:

Die viergespaltene Zeile 60 Pf.

Reklameteil 1.20 Mk.

Telegramm-Adresse: Börsen-Zentrale.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8. Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Inserate: In der Expedition.

Hauptredakteur: Zentrum, Nr. 243.

Für die Monate November und Dezember eröffnen wir ein besonderes Abonnement. Auswärts und in Berlin werden die Bestellungen zum Preise von 6 Mark bei allen Post-Anstalten, in Berlin zum Preise von 5 Mark — inklusive Postlohn — bei sämtlichen Zeitungs-Spediteuren sowie in unserer Expedition, Kronenstraße 37, entgegengenommen.

Dom Tage.

Nach einer Meldung aus Budapest hat der Justizminister Balogh den Entwurf eines Pressegesetzes unterbreitet.

Der spanische Senat lehnte eine Tagesordnung, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird, mit 106 gegen 101 Stimmen ab. Das Kabinett Romanones gab seine Demission.

Aus Belgrad wird amtlich gemeldet, daß die letzten serbischen Truppen das Territorium des autonomen Albanien verlassen haben.

Neun amerikanische Panzerschiffe unter dem Kommando von Admiral Rodgers sind gestern von Hampton Roads nach dem Mitteländischen Meer abgegangen.

Die italienischen Wahlen.

Die heute in Italien auf Grund der letzten Reform sich vollziehenden Wahlen zur Deputiertenkammer werden circa 5 Millionen neue Wähler zur Urne rufen, es sieht fast wie ein Experiment aus, dessen Ausgang zweifelhaft erscheinen dürfte, und doch sagen Kenner der Verhältnisse schon heute mit Bestimmtheit voraus, daß Überwachungen so gut wie ausgeschlossen seien, daß die neue Kammer parteipolitisch kein anderes Bild bieten werde, wie die alte. Auffallend ist allerdings, daß die Kandidaten, die am meisten Stimmen erhalten, nicht die Kandidaten sind, die am meisten Stimmen erhalten, sondern die Kandidaten, die am wenigsten Stimmen erhalten.

Die Parteiverhältnisse sind in Italien äußerst verwickelt. Die zahlreichste Fraktion der Liberalen zeigt alle möglichen Schwächen von Liberalismus bis zum Konservatismus. Sie liefert das Gros der jeweiligen Regierungsmehrheit, nach Verhältnis und einmal der Opposition, je nachdem diese oder jene in der Hand geschickter oder zielbewusster Politiker ist. Sie wie die radikale Partei bilden heute die Gefolgschaft Giolittis und werden es wohl zunächst bleiben, da Partei- und persönliche Interessen es rätlich erscheinen lassen und ihnen keine Parteien zu Gebote stehen, die die Massen mit sich fortziehen könnten. Die Radikalen haben wohl wie die Antiklerikalen die Gefolgschafts-Forderung auf ihr Programm gesetzt, sprechen aber nicht gern von ihr, da sie wissen, daß die Stimmung in der Bevölkerung ihr durchaus nicht günstig ist. Die sozialdemokratische Partei und die Republikaner sind zurecht so gut wie ausgeschlossen, da die chaotischste Stimmung, die durch die Tri-

polis-Affäre hervorgerufen worden ist, über sie hinweggegangen ist. Die Radikalen werden auch diesmal nicht zu Wort kommen, da der Papst an den Bestimmungen der Bulle „non expedit“ festhält. Er sträubt sich gegen die Bildung einer radikalen Partei, da er in ihr ein Bistum mit dem modernen Italien sieht, und hat selbst die Teilnahme der Katholiken an den Wahlen von dem Befinden der Bischöfe abhängig gemacht.

Den seltsamen Mischmasch, der sich in der Deputiertenkammer zeigt, zu meistern, ist gewiss keine leichte Aufgabe, aber der schlaue und geschmeidige Ministerpräsident Giolitti hat bewiesen, daß er ihr gewachsen ist. Er hat es stets verstanden, sich den Personen und den Verhältnissen anzupassen und sich ihrer für seine Zwecke zu bedienen. Er war der Freund Cristis, Zanardellis, Saraccos, bis sein feiner Instinkt fühlte, daß deren Zeit abgelaufen war. Er, der Verächter des Parlamentarismus, der den Parlamentarismus als die große Lüge der Zeit brandmarkte, konnte in sein Programm die Forderung der Wahlreform und ehrlicher Wahlen setzen. Vor zwei Jahren hatte sein „Machtkamerad“ Suzzani eine Wahlrechtsreform vorgeschlagen, durch die die Zahl der Stimmberechtigten um eine Million erhöht worden wäre; da stellte Giolitti als sein Ideal das „Allgemeine Wahlrecht“ auf und brachte das Gesetz ein, durch das die Wählerzahl von 3,5 Millionen auf 8,5 Millionen vermehrt wurde. Es war das ein geschickter Zug, der der Opposition die wirksamsten Waffen aus der Hand wand. Das ist überhaupt die Taktik, der er seine größten Erfolge verdankt: er macht sich die Forderungen seiner Gegner zu eigen und legt damit alle Angriffe matt. Besonders froh spricht sich wieder dies Volk in seinem Wahlprogramm aus, in dem alles versprochen wird, was nur immer denkbar ist: Eine Regelung des Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit durch Bestellung von Schiedsgerichten, durch Aufstellung von Normen für den Arbeitsvertrag, dann die Beseitigung von Entlohnungs- und Sanierungsarbeiten, die Bekämpfung von Malaria und Pellagra, eine Gesetzgebung zum Schutz der verlassenen Kinder, zur Korrektur des jugendlichen Verbrechertums, intensiver Kampf gegen den Analphabetismus, Reform der Mittelschulen wie der Hochschulen, Anlage von Wasserleitungen und Kanälen, Verbesserung der Lage des Bauernstandes in Südalien durch Bekämpfung des Wuchers, Reform des Zivilprozessverfahrens usw., und diese Versprechungen werden ihm um so leichter, als ihre Erfüllung außerordentlich schwer ist und er die Verantwortung für deren Nichterfüllung zur rechten Zeit von sich abzuwälzen versteht.

Zunehmend wäre es ungerecht, seine Verdienste abzuwägen zu wollen. Unter ihm, und zwar unter seiner werktätigen Anteilnahme, ist das Lebensversicherungsmonopol und die Erweiterung des Wahlrechts durchgeführt und Libyen für Italien erworben worden. Namentlich die Vorkriegszeit der letzten türkischen Provinz an der Nordküste Afrikas, die dem nationalen Selbstgefühl seiner Landsleute schmeichelte und die Stellung Italiens im Mittelmeer befestigte, ist in ihrer Bedeutung hoch anzuschlagen und gibt seiner Position eine feste Unterlage, die in absehbarer Zeit kaum zu erschüttern sein wird.

Telegramme.

München, 25. Oktober. (G. T. C.) Kammer der Abgeordneten. Bei der heutigen Weiterberatung des Antrages betreffend die Rückvergütung von zu Unrecht erhobenen Reichsteuerempfahlgeldern in Bayern erklärte Finanzminister Ritter von Brenni, daß die zu Unrecht bezahlten Beträge nach Beschluß des Bundesrats allerdings zurückbezahlt

werden müßten, aber nur dann, wenn sie nach der bestehenden Praxis nicht erhoben werden dürften. Die Regierung hätte ihre Kompetenzen übergriffen, wenn sie eine Rückvergütung in der verlangten Ausdehnung hätte eintreten lassen. Die gleichen Fälle wie in Bayern seien auch in anderen Staaten zahlreich vorgekommen. Die Regierung nähere aber keinen Anstand, die Rückvergütung einzuleiten, soweit sie diese dem Bundesrat gegenüber vertreten könne. In Beantwortung einer Interpellation des Abg. Dr. Hamerschmidt (Ld.) über die Malzweineinfuhr erklärte Minister Freiherr von Soden, die Regierung habe sich im Frühjahr mit der Reichsleitung ins Benehmen gesetzt wegen Maßnahmen, die geeignet seien, die durch die Herstellung des Malzweines, wie ihn eine Malzweinfabrik im Elsaß herstelle, für den Weinbau befürchteten Schädigungen auszuscheiden. Es könne sich bei diesen Maßnahmen nur um ein gleichmäßiges Vorgehen im ganzen Reichsgebiet handeln, und das Reichsamt des Innern werde in nächster Zeit an die Bundesregierungen mit Vorschlägen für ein weiteres Vorgehen herantraten.

Wien, 25. Oktober. (G. T. C.) Die katholisch-deutsche Studentenenschaft veranstaltete aus Anlaß der Leipziger Feier vor dem Schwarzenbergdenkmal und dem Rabenhedenmal patriotische Kundgebungen, an denen auch Vertreter der reichsdeutschen Studentenverbindungen teilnahmen. Ferner waren Vertreter des Kriegsministeriums zugegen. Patriotische Ansprachen wurden gehalten und Kränze niedergelegt, deren Aufschriften die Kämpfer von 1813 feierten.

Breslau, 25. Oktober. (G. T. C.) Um 2 Uhr nachmittags erfolgte der Anbruch zur Fortsetzung der Jagd. Kaiser Wilhelm sprach dem Erzherzog gegenüber mehrmals seine Freude und sein Entzücken sowohl über die Fährten als auch über den Verlauf der Jagd aus. Die Jagd dauerte bis nach 5 Uhr. Nach Verichtigung der Strecke führten der Erzherzog und Frau Herzogin von Hohenberg den Kaiser in einem prachtvollen Bierzug ins Schloß zurück. Um 6 Uhr abends wurde im Waffenjaal des Schlosses der Te: genommen, wobei die Marinekapelle konzertierte.

Budapest, 25. Oktober. (G. T. C.) Justizminister Balogh hat den Entwurf eines Pressegesetzes unterbreitet, in welchem u. a. strenge Bestimmungen gegen die Wirtelpresse und gegen die Veröffentlichung von schwerwiegenden Anschuldigungen getroffen werden. Ferner werden in den Entwurf für die durch Presseangriffe Geschädigten Schadensersatzungen, die den nachweisbaren Vermögensnachteil übersteigen, vorgezogen; auch wird das Verdictungsverfahren eingeführt. Dem Redakteur wird das Recht der stillen Kündigung eingeräumt für den Fall, daß der Herausgeber die Richtung des Blattes ändert.

Paris, 25. Oktober. (G. T. C.) Der deutsche Botschafter Freiherr v. Söden ist heute abend zum Besuch des deutschen Militärattachés Oberstleutnant v. Winterfeldt nach Gravelles abgereist.

Paris, 25. Oktober. (G. T. C.) Die Agence Havas veröffentlicht den Erlaß des Marineministers vom 23. September, der sich auf die religiösen Zeremonien an Bord der Kriegsschiffe bezieht. Aus diesem geht hervor, daß Kultuszereemonien an Bord der französischen Kriegsschiffe sowohl in den ausländischen wie in den heimatischen Verbothen sind, ausgenommen bei äußeren Veranlassungen aus internationaler Höflichkeit in einem Lande, in dem Frankreich das Protektorat über die Katholiken ausübt. Es handelt sich in diesem Falle besonders darum, daß die Flagge am Ankerstag und dann halbfloß gesetzt wird, wenn ein ausbrüchliches Gesuchen des diplomatischen oder konsularischen Vertreters Frankreichs in Übereinstimmung mit den Behörden des Landes vorliegt.

Petersburg, 25. Oktober. (G. T. C.) Der Minister des Innern Sazonow ist hier wieder eingetroffen.

Simferopol, 25. Oktober. (G. T. C.) Infolge Kohlenmangels im Taurischen Gouvernement hat der Gouverneur in einer Petition um sofortige Einfuhr für ausländische Kohle gebittet.

Bodaiho (Gov. Irkutsk), 25. Oktober. (G. T. C.) Am rechten Talabgange des mittleren Laufs des Bodaihoflusses wurde ein reichhaltiges Golderg-lager entdeckt.